Hans-Christoph Schröder

ENGLANDS KRISE IM 17. JAHRHUNDERT UND IHRE ÜBERWINDUNG

England ist im 17. Jahrhundert durch zwei Revolutionen erschüttert worden und befand sich in einem fast permanenten Zustand politischer Krise. Die Zeitgenossen betrachten das englische Volk als unruhigste, turbulenteste Nation Europas. Noch 1714, angesichts des Todes der Königin Anne und des Wechsels der Dynastie, rechneten viele Engländer mit einem Bürgerkrieg. Und doch erlangte kurze Zeit darauf, in den 1720er und 1730er Jahren, unter der Führung Walpoles als "erstem Minister" das Land eine überraschende, seit Elisabeth I. nicht mehr gekannte Stabilität.

In dem folgenden, stark problemorientierten Überblick soll den Ursachen dieser Stabilisierung nachgegangen werden. Dabei ist vorauszuschicken, daß der immer wieder verwendete Begriff "Stabilität" in bezug auf das England des 18. Jahrhunderts seine Rechtfertigung vor allem aus dem Vergleich und aus der Distanz des Historikers erhält. Den Zeitgenossen, die zuweilen häufige Kabinettswechsel, Tumulte und Hungerkrawalle erlebten, mag durchaus nicht immer bewußt gewesen sein, in einer Periode fundamentaler Stabilität zu leben. Subjektives Empfinden der Beteiligten einerseits, rückschauendes Urteil in der Geschichtsschreibung andererseits können differieren, ohne daß deshalb das Urteil des Historikers falsch sein muß.

Bei der Suche nach den zur politischen Stabilisierung im England des 18. Jahrhunderts beitragenden Faktoren erscheinen zunächst jene am naheliegendsten und einleuchtendsten, die das Konfliktpotential verringerten. Es war das Ergebnis zweier Revolutionen, von denen die erste zur Hinrichtung, die zweite zur Vertreibung des regierenden Monarchen führte, daß bestimmte Streitfragen er-

ledigt wurden und sich damit der Zündstoff reduzierte. Die Instabilität schuf, paradox formuliert, wesentliche Voraussetzungen der Stabilität.

Zu den durch die Konflikte des 17. Jahrhunderts entschiedenen und in der Bill of Rights von 1689 fixierten Punkten gehörte vor allem, daß das Parlament zum festen Bestandteil der Verfassungsordnung wurde und regelmässig einberufen werden mußte. Außerdem konnten Steuern nur mit parlamentarischer Bewilligung erhoben werden. Die Streitkräfte bedurften der jährlich in der Form der "Mutiny Bill" zu erneuernden Zustimmung des Parlaments. Diese hier lapidar zusammengefaßten Ergebnisse eines sich über fast ein Jahrhundert erstreckenden Ringens bedeuteten, daß die großen, herausragenden Streitpunkte zwischen der Krone und den im Parlament repräsentierten Schichten entschieden waren und die Monarchie dabei hatte zurückstecken müssen.

Weniger spektakulär und nicht fixiert, aber für die Erlangung politischer Stabilität kaum weniger wichtig als die erwähnten Bestimmungen des "Revolution Settlement" war die faktische Gewährung der Countyautonomie durch die Zentralgewalt nach 1688. Die Regierung nahm zwar durch die Ernennung der Lords Lieutenant und der Justices of the Peace weiterhin Einfluß auf die politische Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane in den Grafschaften, wobei sie ihre Anhänger bevorzugte. Sie versuchte aber nicht, die Counties unmittelbar der Kontrolle durch die Zentrale zu unterstellen. Damit war ein wesentlicher Konfliktstoff aus dem Weg geräumt; denn die großen Erschütterungen des 17. Jahrhunderts - der Ausbruch der Puritanischen Revolution ebenso wie der der Glorious Revolution - gingen ganz wesentlich auf den Versuch der Krone zurück, in den lokalen Bereich einzugreifen und die Herrschaft der ansässigen, etablierten Aristocracy und Gentry als der "natural rulers" in Frage zu stellen.

Konfliktmindernd wirkte sich ferner die Tatsache aus, daß die aus finanziellen Gründen erfolgte Wiederbelebung

archaischer Rechte des Königs als Lehnsherr durch die Puritanische Revolution beendet und auch nach der Restauration nicht wieder erneuert worden war. Ebenso waren die Friktionen, die sich aus der wirtschaftlichen Regulierung durch die Krone - der von rein finanziellen Motiven bestimmten Bestrafung bei Einhegungen sowie der Vergabe von Monopolen - ergeben hatten, mit der faktischen Liberalisierung der Wirtschaft, den erhöhten Steuereinnahmen sowie dem zunehmenden Rückzug der Zentralregierung aus der binnenwirtschaftlichen Verantwortung geringer geworden. Es ist bislang übersehen worden, daß hier - im Gegensatz etwa zu Frankreich - eine stabilitätsfördernde Entlastung der Zentralgewalt erfolgte, während die lokalen Gewalten nach wie vor von unten unter Druck gesetzt wurden, in wirtschaftlichen Krisenzeiten Höchstpreise für Lebensmittel festzusetzen und die örtliche Versorgung sicherzustellen. Für strategisch wichtige Berufsgruppen wie die Spitalfields-Weber, die wegen der Gefahr von Krawallen in der Hauptstadt besonders berücksichtigt werden mußten, setzte allerdings das Parlament noch im ausgehenden 18. Jahrhundert Mindestlöhne und andere Bedingungen fest. Hier handelte es sich jedoch eher um eine Ausnahme. Der Paternalismus - auch im England des 18. und frühen 19. Jahrhunderts keineswegs tot - war im wesentlichen auf den lokalen Bereich beschränkt worden. Thesenhaft zugespitzt läßt sich behaupten, daß die Verbindung von faktischer Laissez-faire-Politik im Inneren und merkantilistischer Außenhandelspolitik nicht nur für die Industrielle Revolution günstig gewesen ist, sondern offenbar auch ein Optimum an Bedingungen zur Systemstabilisierung geschaffen hat. Der Rückzug aus der sozialökonomischen Verantwortung wirkte entlastend, verminderte Friktionsmöglichkeiten und reduzierte die an die Regierung gerichteten Erwartungen; die aggressive Vertretung englischer Wirtschaftsinteressen nach außen verschaffte ihr Unterstützung und band selbst gewerblich-merkantile Interessen an sie, die nicht unmittelbare Nutznießer des politischen Systems waren.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die politische Stabilisierung und die endgültige Bereinigung eines als

Verdacht oder Tatsache die Engländer des 17. Jarhunderts immer wieder von neuem beunruhigenden Problems war die Sicherung der protestantischen Erbfolge durch die Act of Settlement und die Etablierung des Hauses Hannover auf dem englischen Königsthron. Damit wurde der Argwohn gegenüber der Monarchie bei einer Bevölkerung, die überwiegend Papismus und Absolutismus gleichsetzte, wesentlich reduziert.

Neben der Erledigung zentraler Streitfragen sowie dem Verstopfen von Quellen des Mißtrauens war es eine allgemeine atmosphärische Veränderung, eine Temperierung des geistig-politischen Klimas, die wesentlich zur Stabilisierung beitrug. Hier ist vor allem die verminderte Bedeutung der Religion zu nennen. Es vollzog sich unverkennbar eine Säkularisierung der englischen Politik, wenn auch diese Tendenz nicht ohne weiteres kontinuierlich in die Gegenwart hinein verlängert und als Indiz eines Modernisierungsprozesses gedeutet werden kann; zeigte sich doch im frühen 19. Jahrhundert allgemein wieder eine verstärkte Religiosität. Für das 18. Jahrhundert ist jedoch, trotz des Aufkommens der Methodistenbewegung seit den 1740er Jahren, insgesamt eine religiöse Beruhigung, eine Ent-Emotionalisierung der Religion zu konstatieren. Der "Enthusiasmus", worunter man zunächst religiösen Fanatismus, dann aber auch Extremismus jeglicher Art verstand, hatte sich im 17. Jahrhundert ausgebrannt und war verpönt. Religiöser Eifer fand sich bei den Oberschichten kaum noch. Die herrschende Klasse schätzte, wie John Brooke es in seiner Geschichte des Unterhauses formuliert, die Religion "eher als eine mäßigende und zivilisierende Kraft im sozialen Bereich denn als Offenbarung über die Natur und das Schicksal des Menschen".[1]

Die Reduzierung religiöser Intensität sowie die Betonung der Religion als Mittel der sozialen Kontrolle verminderten die Spannungen in der Gesellschaft und trugen vor allem zur Homogenisierung der Oberschichten bei. Diese waren nicht mehr durch kontroverse religiöse Positionen

gespalten. Sie standen um die Mitte des 18. Jahrhunderts fast geschlossen zur Anglikanischen Kirche.
Das Zurücktreten der Religion im England des 18. Jahrhunderts wirkte sich auch in einer sehr fundamentalen Weise insofern als stabilitätsfördernd aus, als dadurch die religiös-moralische Überforderung des Politischen aufhörte. Man begegnete im 18. Jahrhundert nicht mehr dem Anspruch einer umfassenden "Reformation", einer grundlegenden Erneuerung und Läuterung von Moral, Religion und Politik, wie er um die Mitte des 17. Jahrhunderts erhoben wurde. Chiliastische Erwartungen traten, zumindest bei den Oberschichten, in den Hintergrund.

Das Nachlassen religiöser Intensität hat sich schließlich auch in einem Bereich positiv ausgewirkt und zur Stabilität beigetragen, von dem man es zunächst am wenigsten erwarten würde: auf dem Gebiet der Außenpolitik. Eine wesentliche Ursache für die Krise Englands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts lag in der Diskrepanz zwischen den außenpolitischen Vorstellungen der Parlamentsmehrheit und den Möglichkeiten der Monarchen. Diese Diskrepanz wurde zwar fraglos noch verschärft durch die Zerfahrenheit und Sprunghaftigkeit in der Diplomatie der Regierung, die Inkompetenz und Erfolglosigkeit ihrer militärischen Operationen, wenn sie doch einmal von ihrer schwächlich-ausgleichenden Friedenspolitik abwich. Es ist jedoch unverkennbar, daß der Gegensatz durch allgemeine, über die Personen der beiden ersten Stuartmonarchen und Buckinghams hinausweisende Faktoren bedingt war. Die Konzeption zahlreicher puritanischer Abgeordneter hatte einen chiliastischen, auf die weltweite Bekämpfung des Antichrist gerichteten Zug, dem die Regierung in keinem Fall gerecht werden konnte - vor allem nicht bei den ihr zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln. Eine aktive protestantische Außenpolitik, wie sie der puritanischen Opposition vorschwebte, hätte zumindest eine starke steuerliche Belastung bedeutet, zu der die Parlamentarier kaum bereit waren.

Auch im späten 17. und 18. Jahrhundert bildete die Außenpolitik einen wichtigen Streitgegenstand zwischen

Regierung und Parlamentariern. Jetzt war es, im Gegensatz zum frühen 17. Jahrhundert, das zu starke Engagement Englands in Europa, die zu starke Berücksichtigung holländischer oder später hannoverscher Interessen, die Anlaß zur Kritik gaben. Diese kritische Haltung hatte jedoch, so sehr sie von Erbitterung geprägt sein konnte, keine religiöse Wurzel mehr. Es ging letztlich um die Frage der zumutbaren Belastungen und der Prioritäten. Die friedensbewahrende Politik Walpoles, die so stark an die Jakobs I. erinnert, stieß nicht nur auf keine Kritik, sondern sogar auf die Zustimmung der country gentlemen im Parlament, da sie die "land tax" niedrig hielt und die mit einem großen stehenden Heer in Verbindung gebrachten Gefahren verminderte.

Eine von der Forschung bislang vernachlässigte Frage ist die, welche sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der politischen Stabilisierung Englands möglicherweise zugrundelagen. Zurecht hat ein Historiker auf den merkwürdigen Kontrast hingewiesen, daß die englische Gesellschaft des 17. Jahrhunderts, die so geringe soziale und ökonomische Änderungen erfuhr, politisch eine überaus große Turbulenz hervorgebracht hat, während die viel stärkeren Veränderungen unterworfene Gesellschaft des 18. Jahrhunderts mit einem politisch stabilen System einherging.[2] Der betreffende Historiker meint, daß hier letztlich keine unerklärliche Diskrepanz vorliege, sondern die Konstatierung dieses Tatbestandes bereits eine erste Erklärung biete: Die Stabilisierung sei unter dem Druck einer sich ökonomisch immer mehr spezialisierenden, im nationalen Rahmen operierenden und durch die Bevölkerungsvermehrung expandierenden Wirtschaft mit einer wachsenden Zahl von marktorientierten Produzenten und Kaufleuten erfolgt, die politische Stabilität brauchten und nichts so fürchteten wie Unsicherheit und Turbulenz.[3]

Argumentiert dieser Historiker mit den <u>Erfordernissen</u>, so ein anderer mit den <u>Möglichkeiten</u> einer expandierenden und sich spezialisierenden Wirtschaft. Danach war es vor allem die Erweiterung des Nahrungsspielraums für die

Masse der Bevölkerung durch gesteigerte Produktivität in der Landwirtschaft seit 1650 und Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, die den in der Puritanischen Revolution so virulenten popularen Radikalismus zurücktreten ließ, während die verbesserten Unterbringungsmöglichkeiten für die jüngeren Söhne des Adels zusammen mit einer niedrigen Geburtsrate sowie einer hohen Kindersterblichkeit zwischen 1680 und 1740 die Unzufriedenheit auch in den oberen Gesellschaftsschichten reduzierte. Die besseren Versorgungsmöglichkeiten hätten sich aus der beträchtlichen Ausweitung von Verwaltung und Militärwesen sowie dem Anwachsen der "professions" und der Vermehrung der für die Söhne von gentlemen geeigneten kaufmännischen Berufe durch die commercial revolution ergeben. Für diesen Historiker war es die vorausgegangene soziale Stabilität Englands, die sich um 1730 in politische Stabilität umsetzte.[4]

Noch schwerer zu greifen als die sozialen und ökonomischen Ursachen des Stabilisierungsprozesses sind die von den englischen Oberschichten aus den Erschütterungen des 17. Jahrhunderts und zumal der Puritanischen Revolution gezogenen Lehren und deren Beitrag zur Stabilität. Es handelt sich hier um einen kaum meßbaren, aber fraglos bedeutsamen Faktor. Die Radikalisierung der Revolution um die Mitte des 17. Jahrhunderts, das Auftauchen alles in Frage stellender Ideen und Bewegungen, die Abschaffung des Oberhauses, das Beiseitedrängen der "natural ruler" in den counties durch soziale Emporkömmlinge und die Herrschaft des Militärs hatten dazu geführt, daß die Oberschichten eine Wiederholung solcher Vorgänge fürchteten, ihre Konflikte dämpften und vor einem "appel au peuple" zurückscheuten. Auch hier gilt, was bereits in anderem Zusammenhang festgestellt wurde: Die Instabilität schuf in gewisser Weise die Voraussetzungen für die Stabilität.

Eine der aus der Revolution um die Mitte des 17. Jahrhunderts zu ziehende Lehre bestand in der Erkenntnis, daß ein Monarch für das Funktionieren des politischen Systems unentbehrlich war. Die Zeit des Interregnums

hatte die Einführung der Republik unter der Herrschaft des Rumpfparlaments, die Nominierung eines "Parlaments der Heiligen", schließlich die Ära des Protektorats mit zunächst geringerer und dann stärkerer Annäherung an die Form der Monarchie gesehen. Das von den Engländern der Zeit so heißt ersehnte "settlement", ein Zustand der Ruhe und Stabilität, wurde von keinem dieser Regime erreicht. Daß ein Monarch, und zwar vorzugsweise ein legitimer Monarch, unentbehrlicher Bestandteil des Verfassungsgefüges war, schien die logische Konsequenz, die man aus diesen gescheiterten Experimenten ziehen mußte. Diese Schlußfolgerung hat wesentlich zur Restauration von 1660 beigetragen.

Der Lernprozeß, den der englische Adel in Bezug auf die Monarchie durchlaufen hatte, wird vielleicht nirgendwo so deutlich wie bei Ausbruch der Französischen Revolution und im Vergleich mit der französischen Aristokratie. Zwar war eine Gruppe der Whigs unter Fox auf einen Ausgleich mit Frankreich bedacht, der weitaus größte Teil der englischen Führungsschichten stand jedoch unter dem Schlachtruf von "Church and King" unerschütterlich gegen das revolutionäre Frankreich und auf der Seite des Bestehenden, verfolgte als Friedensrichter plebejische Radikale und drillte in den Volunteerformationen für die Vaterlandsverteidigung. Die Sorge Edmund Burkes vor einer "patriotisch"-reformerischen Aufweichung des englischen Adels analog zur französischen Entwicklung, die ihn bei der Niederschrift seines "Reflections on the French Revolution" geleitet hatte, erwies sich als unbegründet. Die englischen Reformaktivitäten der 1790er Jahre waren ein fast ausschließlich plebejisches Phänomen und auf die unteren Mittelschichten beschränkt.

II.

Die Erledigung bestimmter Streitfragen zwischen Parlament und Krone, der Abbau von Mißtrauen gegenüber der Exekutive, die Reduzierung von Friktionselementen und eine zur Zurückhaltung führende Revolutionsfurcht bei den Oberschichten waren wichtige Voraussetzungen der Stabilisierung. Sie allein gewährleisteten jedoch kein Funktionieren des politischen Systems. Hier mußten positive Faktoren hinzutreten, die eine Kooperation von Exekutive und Parlament ermöglichten.
Die englische Geschichte des 17. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch eine Reihe von fehlgeschlagenen Versuchen der verschiedenen Machthaber, die Kontrolle über das Parlament zu erlangen. Die Häufigkeit der Konflikte zwischen Parlament und Exekutive deutet darauf hin, daß es sich hier, unabhängig von den Plänen der einzelnen Herrscher, ihrer größeren oder geringeren Geschicklichkeit bei der Behandlung ihrer Parlamente, auch um ein strukturelles Problem handelte.

Dieses Strukturproblem lag nicht zuletzt in dem vorherrschenden Verfassungskonzept begründet. Danach sollten die verschiedenen Elemente der Verfassungsordnung unabhängig nebeneinander stehen, sollte ohne Übergewicht des einen oder anderen Teils Harmonie zwischen ihnen herrschen, wobei die Prärogativrechte des Monarchen, die Privilegien des Parlaments und die Rechte der Untertanen sich ergänzten. Diese Verfassungsvorstellung besaß etwas Unwirkliches und Naives, und man hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die unrealistische Harmonieerwartung der Parlamentarier wesentlich zu ihrer Erbitterung bei den Auseinandersetzungen mit den Regierungen Jakobs I. und Karl I. beigetragen hat. Selbst bei grundsätzlich vorhandenem Vertrauen - das im 17. Jahrhundert oft nicht bestand - fehlte es an Kooperation, an Scharnieren und Verzahnungen zwischen den einzelnen Institutionen.[5]

Das größte Problem der "mixed constitution" war die vielbeschworene Unabhängigkeit des Unterhauses. Der überwiegende Teil der Abgeordneten bestand aus country

gentlemen, die gegenüber der Exekutive latent kritisch und in bezug auf die Führung der Staatsgeschäfte zumeist wenig konstruktiv die Belange ihrer Schicht oder ihrer Grafschaften vertraten und von der Regierung kaum beeinflußt werden konnten. Dadurch kam in die englische Politik des 17. und frühen 18. Jahrhunderts ein von vielen Historikern betonter unberechenbarer und unsteter, ja anarchischer Zug. Plumb, der sich in seiner grundlegenden Studie "The Growth of Political Stability in England" mit diesem Problem am intensivsten befaßt hat und dem wir hier weitgehend folgen, urteilt: "To bring the independent country gentry into some ordered relationship with government, or to diminish their role in it, became an absolute necessity if political stability was ever to be achieved."[6]

Die Lösung dieser Aufgabe ist in den 1720er und 1730er Jahren weitgehend erfolgt. Es gelang, die führenden Schichten des Landes und ihre Vertreter im Parlament stärker an die Regierung heranzuziehen und zu binden. Dies war eine Veränderung, die auch das Selbstverständnis der Parlamentarier einschloß. Die Vorstellung, das Parlament sei "the great inquest of the nation", in dem die Gravamina zu artikulieren seien, verwandelte sich bei vielen Abgeordneten in ein positives, konstruktiveres Verständnis der eigenen Rolle. Man sah sich nicht mehr ausschließlich als Widerpart der Regierung. Das Parlament wurde nicht nur wie 1688 im verfassungsrechtlichen, sondern jetzt auch in einem praktischen Sinne zu einem dauerhaften integralen Bestandteil der Politik. Das machte übrigens einen Sitz im Unterhaus und eine parlamentarische Karriere attraktiver, was nicht wenig zur politischen Stabilisierung beigetragen hat.

Im England des 18. Jahrhunderts kam es zu jener "close union, the nearly complete fusion, of the executive and legislative powers", die Bagehot in seinem klassischen Werk als "the efficient secret of the English Constitution" bezeichnete. Es bildete sich in einem außerordentlich langwierigen und schwierigen Prozeß eine Art von kollektiver Souveränität heraus, in die das Parlament

mit einbezogen war. Daß dies seine Schattenseiten hatte, sei durchaus nicht verschwiegen. Das englische Parlament fühlte sich, wie der wiederholte Ausschluß des in Middlesex gewählten Radikalen Wilkes aus dem Parlament in den 1760er Jahren demonstrierte, selbst gegenüber den Wählern als souverän. Seine zunehmenden Souveränitätsanmaßungen bildeten auch eine wesentliche Ursache für den Ausbruch der Amerikanischen Revolution. Die in England über das Parlament hergestellte enge Verbindung zwischen Regierung und herrschenden Schichten, die den Begriff des "King in Parliament" zu einer politischen Realität werden ließ, führte jedoch wegen des durch sie bewirkten umfassenden Konsenses sowie der Akzeptierung der politischen Institutionen und der Machtträger bei den Oberschichten zu einem hohen Maß von Stabilität. Dieser Prozeß wäre kaum möglich gewesen, wenn nicht zwei Faktoren zu seinem Gelingen beigetragen hätten: die Homogenisierung der Oberschichten und - wohl noch wichtiger - die Patronage.

Wird man bereits für das 17. Jahrhundert von relativ geringen Spannungen innerhalb des Adels sowie zwischen bürgerlichen und adligen Gruppen in England sprechen können - weshalb auch im Unterschied zu den meisten kontinentaleuropäischen Ländern der absolutistische Herrschaftsanspruch der Monarchen zurückgewiesen werden konnte -, so fehlte doch den Herrschaftsschichten "die soziale und politische Kohäsion, die sie in den Jahrzehnten um die Mitte des 18. Jahrhunderts erlangen sollten"[7].
Die politische Annäherung zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Oberschichten hing eng mit der bereits erwähnten Erledigung bestimmter Streitpunkte und dem Zurücktreten religiöser Gegensätze zusammen. "Ideologische" Fragen wurden insgesamt weniger wichtig.

Zur Abschwächung politischer Gegensätze innerhalb der Oberschichten trug auch bei, daß die Whigs durch lange Machtausübung konservativer wurden, als sie zunächst gewesen waren. Sie rückten von ihren demagogisch-radikalen Ursprüngen ab und ließen die Verbindung mit den

Nonkonformisten fallen. Ihre Vorstellung von einer "natürlichen Sozialordnung" war schließlich "fast genau so konservativ wie die der Tories"[8]. Die Homogenität einer "ruling class" im England des 18. Jahrhunderts - so kann man pointiert zusammenfassen - wurde politisch vor allem erreicht, indem der eine Teil, die Whigs, konservativer wurde und der andere Teil, die Tories, mit der Etablierung der hannoverschen Dynastie allmählich seine Legitimitätsskrupel ablegte. "The rage of party", welche die Regierungszeit der Königin Anne charakterisiert hatte, wurde überwunden und schließlich durch die "stabile Oligarchie" der Zeit Georgs II. abgelöst.[9] Die Annäherung zwischen den beiden Parteien ging dann so weit, daß noch vor der Jahrhundertmitte von Whig-Regierungen Tories zu Justices of the Peace ernannt wurden.[10] Die in ihrer Mehrzahl zu den Tories neigenden country gentlemen, die während der Kriege mit Frankreich um die Jahrhundertwende erbitterte Gegner der von den Whigs zu verantwortenden und vom "landed interest" zu finanzierenden militärischen Unternehmungen in Europa gewesen waren, wurden durch die Reduzierung der "land tax" milder gestimmt. Die den Grundbesitz treffende Steuer ging unter Walpole im Unterschied zu den indirekten Verbrauchssteuern zurück. Der Ausgleich innerhalb der Oberschichten vollzog sich also zum Teil auf dem Rücken der breiten Masse der Bevölkerung - obwohl England immer noch zu den wenigen Staaten gehörte, in denen der Adel unmittelbar zum Steueraufkommen herangezogen wurde und keine Steuerfreiheit besaß.

Ein wichtiger Aspekt der Homogenisierung der Oberschichten war das Zusammenrücken von Grundeigentümern und Anglikanischer Kirche. Die Kirche war nicht mehr, wie in den Zeiten des Erzbischofs Lauds, eine Kraft, die den "natural rulers" ihre Macht streitig zu machen versuchte. Sie stand vielmehr in größerem Maße als vorher den Oberschichten zur Versorgung ihrer jüngeren Söhne offen, und weite Teile des ländlichen England befanden sich unter der Doppelherrschaft von "squire" und "parson". Viele Pfarrer wurden, was vorher nicht der Fall war, zugleich Friedensrichter.

Was die soziale Homogenisierung der "ruling class" anbetrifft, fungierten vor allem die Whigs als Integrationspartei, eine Aufgabe, die durch ihr Machtmonopol seit 1722 fraglos erleichtert wurde. Ein Historiker konstatiert: "The party fused the interests of aristocracy, high finance, and executive government, a process extended by Walpole to embrace the bulk of the landed gentry."[11]

Im Interesse der Regierbarkeit lag es, daß die Oberschichten sich nicht nur politisch und sozial annäherten, sondern auch kontrollierbarer und steuerbarer wurden. Hier fiel im England des 18. Jahrhunderts der Aristokratie eine wesentliche Aufgabe zu. Dabei ist zunächst vorauszuschicken, daß diese relativ kleine Zahl von Hochadligen eine insgesamt bedeutendere Stellung einnahm als zuvor. Selbst wenn man nicht so weit geht wie Lawrence Stone mit seiner These vom "Decline of the Aristocracy" in dem knappen Jahrhundert vor der Puritanischen Revolution, sondern sogar, wie in der neuesten Forschung der Fall, die Rolle von Aristokraten bei der zum Ausbruch des Bürgerkriegs hinführenden Entwicklung hervorhebt - das gegenüber der Zeit vorher verstärkte Gewicht der Aristokratie im 18. Jahrhundert wird man kaum bestreiten können. Es scheint, daß eine günstigere ökonomische Situation der hochadligen Grundbesitzer sich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert auf ihre politische Stellung ausgewirkt hat, die dann wiederum auf die wirtschaftliche Lage positiv zurückwirkte. Hochdotierte Ämter und Sinekuren bildeten eine wichtige Einnahmequelle für die Peers. Das große Prestige der aristocracy hing auch damit zusammen, daß sich der Zugang zu ihr verengte. Zwischen 1714 und 1760 reichte die Zahl der Nobilitierungen knapp aus, um das Verlöschen von aristokratischen Familien wieder auszugleichen.[12] Diese Beschränkung erreichte fast die Zurückhaltung Elisabeths bei der Verleihung der Peerswürden.

Der gestiegene Einfluß der aristocracy trug dazu bei, die von manchen Historikern als "anarchisch" bezeichnete Tendenz der "parliamentary classes" und zumal des Unter-

hauses zu dämpfen, indem hocharistokratische Patrone gleichsam als intermediäre Gewalt Kontroll- und Lenkungsfunktionen gegenüber der gentry ausübten. Insgesamt wird man von einer größeren Bündelung von Einfluß und einer stärkeren Strukturierung des politischen Lebens durch die Aristokratie im England des 18. Jahrhunderts sprechen können. Die Gewinnung eines einzelnen Magnaten bedeutete mitunter den Gewinn einer beträchtlichen Zahl von Stimmen im House of Commons. So konnte etwa der Duke of Newcastle, der größte Wahlkreispatron und eifrigste Drahtzieher bei Wahlen, der Regierung bei den Wahlen von 1722 und 1727 16 Unterhaussitze zur Verfügung stellen.[13]

Die hier angedeuteten Abhängigkeiten verliefen jedoch nicht nur in einer Richtung. Die Wahlkreispatrone wurden vielmehr wegen der Ansprüche ihrer Wähler ihrerseits auch von der Regierung abhängig. Sie hatten im Interesse der Erhaltung ihrer Position eine Fülle von Forderungen nach Stellen, Beförderungen, Bevorzugungen oder rechtlichen Interventionen zu befriedigen - Newcastle sorgte z.B. für die Freilassung eines populären Schmugglers in einer der von ihm beherrschten boroughs -, die nur durch gute Beziehungen zur Exekutive erfüllt werden konnten. "Influence" im lokalen und regionalen Bereich setzte zum guten Teil Kontakte zur Regierung und das Wohlwollen der Exekutive voraus, das wiederum nur durch politisches Wohlverhalten im Parlament oder das Versprechen künftiger parlamentarischer Unterstützung erkauft werden konnte. "Opposition war ein Luxus, den sich mit der Zeit immer weniger Leute leisten konnten"[14]. Dies galt besonders deshalb, weil mit der Monopolisierung der Macht durch die Whigs auch die Aussicht auf eine Regierungsübernahme der Tories mit der Zeit immer mehr schwand und selbst die künftige Möglichkeit einer Interessenbefriedigung durch die Exekutive für die ihr ablehnend Gegenüberstehenden sich verflüchtigte.

Damit ist das weite Feld der <u>Patronage</u> als einem wichtigen und wohl sogar dem entscheidenden Stabilisierungsfaktor im England des 18. Jahrhunderts berührt. Nach der

überzeugenden Darstellung Plumbs haben vor allem die fast ununterbrochenen Kriege Englands gegen Frankreich gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts zu einer starken Vermehrung der Stellenzahl zumal in der Armee, der Flotte und der Steuerverwaltung, geführt, die den Einfluß der Exekutive vergrößerte. Mit der zunehmenden Zahl von Offiziersstellen und Ämtern, aber auch durch die Vergabe von Aufträgen für Heer und Flotte erhielt die Regierung zunehmende Möglichkeiten der Patronage.

Gewiß hatte es lange vor dieser Zeit Patronage durch die Regierung gegeben; im 18. Jahrhundert schlug jedoch die Quantität gleichsam in Qualität um. Die Patronage veränderte mit ihrer beträchtlichen Ausdehnung zugleich auch ihren Charakter. Aus der Gewinnung und Versorgung einzelner - unter Buckingham kam sie sogar im wesentlichen nur einer einzigen Familie zugute, was nicht unwesentlich zur Gegnerschaft gegen das Regime in den 1620er Jahren beigetragen hat - wurde die Gewinnung und Versorgung eines beträchtlichen Teils der politischen Nation. Ein dichtes Gewebe von Versorgung und Verpflichtung umfing einen beträchtlichen Teil der Oberschichten, band ihn an das Regime und die Regierung.

Was der Patronage eine neue Qualität gab, war nicht nur ihr Umfang, sondern auch die methodische Form, mit der sie unter Walpole genutzt wurde. Ein Historiker spricht geradezu von der "wissenschaftlichen Anwendung der Patronage zur Kontrolle des Parlaments".[15] Kein Bereich blieb von den unersättlichen Patronagebedürfnissen der Regierung verschont. Auch die Kirche wurde ihnen rücksichtslos untergeordnet und, so könnte man etwas anachronistisch-übertreibend sagen, von den Whigs "gleichgeschaltet". Sie besetzten freiwerdende Bischofsstühle mit politischen Anhängern, die nicht selten bei wichtigen Abstimmungen im Oberhaus für die Regierung den Ausschlag gaben. Die Anglikanische Kirche wurde, wie so viele Institutionen im England des 18. Jahrhunderts,

ihrer eigentlichen Funktionen immer mehr entkleidet und in erster Linie zu einer Versorgungseinrichtung der Oberschichten.

Die Verflechtung zwischen House of Commons und Exekutive nahm trotz zahlreicher "Place-Bills", die das verhindern sollten, immer mehr zu. In den 1750er Jahren waren etwa 40 % der Unterhausabgeordneten in das Netz der Regierungspatronage einbezogen. Das bedeutete, da gerade die unabhängigen country gentlemen bei den Parlamentssitzungen oft abwesend waren, faktisch eine Mehrheit der regelmäßig anwesenden Mitglieder des Unterhauses.[16] Darin lag freilich für die jeweilige Regierung keine unbedingte Garantie. Bei sehr umstrittenen Fragen konnte es geschehen, daß die nicht durch Patronage gebundenen Abgeordneten in großer Zahl an den Abstimmungen teilnahmen und gegen sie den Ausschlag gaben. War die öffentliche Meinung sehr stark gegen eine Regierungsvorlage aufgebracht, zeigte auch das korrupte und völlig verzerrte Repräsentativsystem im England des 18. Jahrhunderts Reaktionen. So war der Widerstand gegen Walpoles "Excise Bill" im Jahre 1733 derart heftig, daß er sich auf das Parlament übertrug und Walpole seine Vorlage preisgeben mußte. Insgesamt gewährleistete jedoch die Patronage für die Exekutive einen hohen Grad von Zuverlässigkeit beim Abstimmungsverhalten im Parlament und ein hohes Maß an Berechenbarkeit und Stabilität für das politische System Englands.

III.

Das Gegenstück zu der beschriebenen Beteiligung und Integration der Führungsschichten - zugleich ein weiteres Element des Stabilisierungsprozesses im England des 18. Jahrhunderts - bestand in dem Zurückdrängen politischer Beteiligung der breiten Masse der Bevölkerung. Dieser Vorgang hatte verschiedene Aspekte, die hier nur skizziert werden können.

An erster Stelle ist bei der "Umgehung" der Wählerschaft, wie ein Historiker sie nennt[17], die Septennial Act von 1716 zu nennen. Mit diesem Gesetz wurden die Legislaturperioden des Parlaments von drei auf sieben Jahre verlängert, Wahlen also viel seltener. Das trug nicht nur zur politischen Beruhigung bei, sondern ermöglichte es auch den Regierungen, das Mittel der Patronage wirksamer anzuwenden und die Abgeordneten über größere Zeiträume hinweg an sich zu binden. Die Unterhausabgeordneten wurden ihrerseits von den Wählern unabhängiger.

Eine Folge der Septennial Act war, daß Unterhaussitze eine sicherere und bessere Investition wurden, sich damit aber auch die Kosten einer Nominierung und eines Wahlkampfes erhöhten. Sie stiegen im Laufe des 18. Jahrhunderts so steil an, daß man fast von einer plutokratischen Auslese sprechen kann. Da die gewaltigen Ausgaben jedoch selbst von reichen Aristokraten oft kaum noch zu bestreiten waren - der Duke of Newcastle hat sich z.B. als Wahlkreispatron praktisch ruiniert -, kam es immer häufiger zu Arrangements zwischen rivalisierenden Interessenten und Parteien. Man einigte sich über die Aufteilung der verfügbaren Unterhaussitze und verzichtete auf Gegenkandidaturen. Die bis 1761 rückläufige Zahl der umkämpften Unterhaussitze ist ein wichtiger Aspekt der im 18. Jahrhundert erfolgenden Einschränkung politischer Beteiligung.[18]

Ein weiterer Aspekt rückläufiger politischer Beteiligung ist in der Kommerzialisierung des Wahlrechts und der Entpolitisierung der Wählerschaft zu sehen. Selbst dort, wo die Wähler die Gelegenheit zur Wahl erhielten, war sie zumeist ihres politischen Charakters beraubt. Es ging im günstigsten Fall um die Bestätigung eines lokal oder regional herausragenden Angehörigen der Oberschichten und seines "interest" durch den Wahlakt, im ungünstigsten Fall um das direkte Sichverkaufen der Wähler, wobei alle möglichen Zwischenstufen etwa in der Form der Finanzierung von Armenhäusern, Schulen usw. durch die Kandidaten vorkamen. Parlamentssitze wurden durch Zeitungsannoncen offen feilgeboten oder von Kaufinteressen-

ten gesucht. Dieser Praxis ist erst 1809 durch ein mühsam zustandegekommenes Parlamentsgesetz ein Ende bereitet worden. Die Käuflichkeit der Wähler und ihr Gekauftwerden war in manchen boroughs eine so feststehende Sache, daß sie im Hinblick auf die nächsten Wahlen und die damit verbundene sichere Einnahmequelle beim Kaufmann anschreiben ließen.[19] Der Besitz einer Stimme als "property" und ihr Verkauf sind schließlich sogar gerichtlich anerkannt worden, als in einem Prozeß der unberechtigte Entzug des Wahlrechts als schadenersatzpflichtig anerkannt wurde.

In dem Maße, wie das Wahlrecht vermarktet wurde, wuchs die Neigung in den boroughs, den Kreis der Wähler zu beschränken, da auf diese Weise die einzelne Stimme kostbarer wurde und einen höheren Preis erzielen konnte. Finanziell am besten nutzen ließ sich das Wahlrecht, wenn es rein oligarchisch und auf die Mitglieder der sich zumeist ohnehin selber perpetuierenden Magistrate beschränkt war. Boroughs erschwerten denn auch die Zulassung zur "freemanship" oder engten die Wahlberechtigung auf die städtische Oligarchie ein und trugen damit zur relativen Reduzierung der Zahl der Wahlberechtigten bei. In die gleiche Richtung wirkte die Tatsache, daß das Parlament nunmehr im Gegensatz zum 17. Jahrhundert bei strittigen Wahlrechtsfragen zumeist im restriktiven Sinne entschied. Auch die durch den ökonomischen Strukturwandel bewirkte Reduzierung der in den counties wahlberechtigten freeholders trug dazu bei, daß der Anteil der Wählerschaft an der Gesamtbevölkerung im Verlauf des 18. Jahrhunderts mehr als halbiert wurde. Er ging von etwa 5,5 % im Jahre 1715 auf ungefähr 2,6 % am Vorabend der Reform Bill von 1832 zurück. Diese erste große Wahlrechtsreform, die so heiß umkämpft war und erst nach mehreren Anläufen durchgesetzt werden konnte, stellte nicht einmal den Zustand zu Beginn des 18. Jahrhunderts wieder her. Durch sie erhielten nur 4,7 % der Bevölkerung das Wahlrecht.[20]

Worin bestanden nun die wichtigsten Vorzüge der Eindämmung popularer Beteiligung? Zunächst einmal machte sie

wie die Patronage politische Prozesse manipulierbarer, der Beeinflussung und der Lenkung von oben zugänglicher. Ferner trug sie mit den zu ihr gehörigen Korruptionserscheinungen zur Entideologisierung und Entschärfung von Gegensätzen bei, führte sie tendenziell sogar zu einer Beendigung von politischen Konflikten überhaupt. Dabei handelt es sich um Interdependenzen: das Zurücktreten religiöser und ideologischer Streitfragen ermöglichte die Herausbildung des auf materielle Befriedigung einer kleiner werdenden Zahl von Beteiligten gerichteten politischen Systems. Dieses System seinerseits erzeugte Apathie, Zynismus sowie unpolitische Erwartungen in bezug auf Wahlen und Repräsentation, förderte so das Zurücktreten ideologischer und prinzipieller Fragen. Ein Zustand, in dem nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung am politischen Prozeß beteiligt war und von ihm überwiegend die Erzielung privater oder lokaler Vorteile erwartete, hatte außerdem unter dem Gesichtspunkt der Stabilität den Vorteil, daß zusammenfassende, geballte Interessenansprüche von unten kaum erhoben werden konnten.

IV.

Zusammenfassend und stark vereinfacht läßt sich sagen, daß die politische Stabilisierung Englands vom frühen 17. bis zum ersten Drittel des 18. Jahrhunderts schrittweise und bei wechselnden Konfliktformen mit tendenziell abnehmender Gewaltanwendung erfolgte. Der Austragung des Konflikts in Form eines Bürgerkrieges in den 1640er Jahren folgte nach dem Zwischenspiel einer durch tatsächliche oder angebliche Verschwörungen (Popish Plot, Rye House Plot) sowie der Monmouth Rebellion charakterisierten Periode die gedämpfte Glorious Revolution von oben mit bewußt beschränkter popularer Beteiligung. Daran schloß sich eine Phase intensiven Parteienkampfes, der Konfrontation von Whigs und Tories an. Nach der faktischen Proskribierung der Tories und der Herausbildung einer Art von Einparteiensystem unter Walpole entwickel-

ten sich Rivalitäten zwischen aristokratischen Koterien und Cliquen als vorherrschender Typus der Auseinandersetzung.

Mit dem Wechsel der Konfliktformen vollzogen sich zugleich Veränderungen in bezug auf den Inhalt der Konflikte, die ebenfalls durch eine abnehmende Intensität und Radikalität gekennzeichnet waren. Den stark religiös geprägten, vielfach von der Vision einer fundamentalen Erneuerung ("reformation") bestimmten Auseinandersetzungen in der Zeit der Puritanischen Revolution folgte die fast ausschließlich auf die Sicherung von politischem Einfluß und Freiheitsrechten gerichtete Revolution von 1688. Der stark ideologisch bestimmte Parteienkampf der Periode zwischen der Glorious Revolution und 1714 wurde abgelöst durch das Manövrieren aristokratischer Cliquen um Stellen und Einfluß. Über die 1745 ins Parlament einrückende Generation englischer Politiker hat der Historiker Lewis Namier geurteilt: "they knew no politics except in terms of office"[21]. Thesenhaft zugespitzt läßt sich vielleicht von einer fortschreitenden Zähmung oder Zivilisierung des politischen Kampfes in England sprechen - bis hin zu seiner völligen Stillegung, wenn sich bei Wahlen überhaupt keine Gegenkandidaten einfanden und rivalisierende Gruppen aus Kostengründen und, weil tiefergehende Gegensätze nicht bestanden, Unterhaussitze untereinander "friedlich" aufteilten. In vergleichender Perspektive wird man auch hervorheben müssen, daß im Unterschied zur Stabilisierung der meisten kontinentaleuropäischen Staaten unter dem Vorzeichen des Absolutismus in England eine gleichsam informelle Stabilisierung erfolgte. Sie ließ die Elemente der alten Verfassungsordnung intakt und führte nicht zu einer Ausschaltung der Ständeversammlung, sondern steigerte eher noch das Prestige und die Bedeutung des Parlaments. Sie schuf jedoch Formen der Beeinflussung, der Kontrolle und der Verzahnung, die eine Kooperation der Verfassungsorgane ermöglichten. Immerhin hatte sie mit den absolutistischen Tendenzen auf dem Kontinent gemeinsam, daß die politische Partizipation zurückgedrängt wurde.

V.

Abschließend soll die Frage gestellt werden, welche Nachteile sich möglicherweise durch die besondere Form der Stabilisierung im 18. Jahrhundert für die weitere Entwicklung Englands ergeben haben; ob nicht vielleicht sogar die Art, wie die Krise des 17. Jahrhunderts überwunden wurde, mit der heutigen Krise letztlich etwas zu tun hat und sich hier historische Belastungen ergaben, die bis in die Gegenwart fortwirken. Daß der spezifische Modus der Krisenüberwindung im 18. Jahrhundert es England erschwert habe, seine Institutionen und sein Gesellschaftssystem den Bedürfnissen einer Industriegesellschaft anzupassen, hat bereits Plumb in seiner grundlegenden Studie betont. Er verweist auf die bis in unsere Zeit nachwirkende Patronage als Merkmal der englischen Herrschaftsstruktur und auf die Dominanz einer Geburtsaristokratie, die bis heute die Familienherkunft zu einem wichtigen Auslesekriterium mache.[22] In der Tat haben der Wiederaufstieg der Aristokratie und die Stärkung des grundbesitzenden Adels überhaupt durch das politische System des 18. Jahrhunderts England eine ganz unverwechselbare aristokratische Prägung gegeben. Es ist bezeichnend, daß Tocqueville nach dem Besuch der Vereinigten Staaten, in denen er das Muster einer Demokratie erblickte, in den 1830er Jahren England besuchte und als das Beispiel einer funktionierenden Aristokratie studierte.

Die starke aristokratische Einfärbung der englischen Gesellschaft hat sich, wie Martin Wiener unlängst gezeigt hat, in einer Abwertung des Industrialismus niedergeschlagen.[23] Sie hat Mentalitäten und Werthaltungen gefördert, die der technisch-ökonomischen Entwicklung nicht förderlich waren und wohl auch mit zu jener besonderen Klassenspaltung beigetragen, die England gegenwärtig kennzeichnet. Durch die Zurückdrängung popularer Partizipation im 18. Jahrhundert, durch die ungenierte Selbstbedienung der Oberschichten mit öffentlichen Ämtern und ihr Arrangement untereinander wurde jenes sozial separierende Empfinden gefördert, das noch heute für

einen großen Teil der Bevölkerung in der simplen Gegenüberstellung von "us" und "them" seinen plastischen Ausdruck erhält. In die gleiche Richtung wirkten die Aristokratisierung der anglikanischen Geistlichkeit - die eine Kluft zwischen Pfarrer und Gemeinde aufriß und zu einer Entfremdung von der Staatsreligion führte - sowie die damit zusammenhängende klassenmäßige Differenzierung der Religionsgemeinschaften.

Der Ausschluß breiter Bevölkerungskreise von der politischen Mitwirkung hatte außerdem zur Folge, daß sie bei gleichzeitigem Fehlen einer ausreichenden Polizeigewalt und dem Fortbestehen einer libertären Ideologie auf den Weg des popularen Protests gedrängt wurden und ihre Zuflucht zu "riots" nehmen mußten.
Die Überwindung anarchischer Tendenzen bei den Oberschichten erfolgte mithin um den Preis einer Verstärkung der anarchischen Disposition der Unterschichten, die neben den "deferential habits" zu beobachten ist. Eine Fernwirkung dessen scheint noch heute in der starken Streikbereitschaft der englischen Arbeiter und ihrer geringen Bereitschaft zur politisch-institutionalisierten Lösung wirtschaftlicher und sozialer Konflikte erkennbar zu sein.
Die feste Verwurzelung und Langlebigkeit aristokratischer Herrschaft bot schließlich den englischen Liberalen und Radikalen bis ins 20. Jahrhundert hinein die Möglichkeit, den anstehenden sozialen Problemen auszuweichen, sich den drängenden Fragen der Gegenwart durch die Beschwörung alter Schlachtrufe zu entziehen.

Als ein zwiespältiges Erbe des 18. Jahrhunderts - positiv für die politische Kultur, eher nachteilig für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Englands - ist die Parlamentsorientiertheit der englischen Oberschichten zu betrachten. Ihre Integration auf dem Weg über die politische Repräsentation im Parlament hatte zur Folge, daß ein Unterhaussitz hohes Prestige erlangte und sich die Elite überwiegend durch politische Tätigkeit definierte und bestätigte. Dies führte zu einer entsprechenden Vernachlässigung anderer Bereiche.

Der antiliberale und antiparlamentarische Zug im Denken jener Engländer, die gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts nationale "efficiency" in den Mittelpunkt ihrer Forderungen rückten,[24] ergab sich nicht zuletzt daraus, daß sie die Fixierung auf Freiheits- und Verfassungsfragen sowie die Hochschätzung parlamentarischer Tätigkeit für obsolet oder sogar schädlich hielten und die notwendige Modernisierung Englands dadurch behindert sahen. Trotz aller Sympathien, die man für die liberalen Traditionen Englands empfindet und bei aller Abneigung gegen die imperialistischen Prämissen der "national efficiency"-Schule, ist ein berechtigter Kern dieser Kritik nicht zu übersehen. Vor allem aber ist zuzugeben, daß die verklärende Betrachtung der englischen Geschichte als eine Art Königsweg des Konstitutionalismus ebenso wie der Stolz auf das Ausbleiben von Revolutionen nach der Krise des 17. Jahrhunderts eine Selbstzufriedenheit gefördert hat, die eine Erkenntnis des Zurückbleibens Englands gegenüber anderen Staaten in wirtschaftlicher und sozialer Einsicht erschwerte.

Unter den Hypotheken, die das 18. Jahrhundert der englischen Geschichte auferlegte, könnte ferner die Heiligsprechung der Verfassung und selbst ihrer irrationalsten und archaischsten Elemente sowie die übermäßige, notwendigen Wandel erschwerende Betonung von "property rights" genannt werden. Es sei jedoch abschließend noch eine Folgewirkung hervorgehoben, die unmittelbar mit der besonderen Form politischer Stabilisierung zusammenhängt: die Diskreditierung der Staatstätigkeit durch die Ära der Korruption und Patronage.[25] Sie hat - zusammen mit dem Verzicht der Zentralgewalt auf die Einmischung in den Bereich der "local rulers" - die erforderlichen staatlichen Interventionen verzögert. Die Erfahrung des 18. Jahrhunderts lieferte die historische Begründung oder Bestätigung einer extremen Laisser-faire-Position. Es ist nicht zuletzt dieses Beispiel, welches beim Historiker die Frage auslöst, ob nicht einige der zur politischen Stabilisierung im 18. Jahrhundert beitragenden Faktoren sich aus einer längerfristigen Perspektive eher als Belastung für England erwiesen.

ANMERKUNGEN

1 John Brooke, The House of Commons 1754 - 1790, Paperbackausgabe Oxford, 1968, S. 167.

2 J. H. Plumb, The Growth of Political Stability in England 1675 - 1725,Paperbackausgabe, Harmondsworth 1969, S. 12.

3 Ebd., S. 17 ff.

4 Geoffrey Holmes, The Achievement of Stability: The Social Context of Politics from the 1680s to the Age of Walpole, in: John Cannon (Hrsg.), The Whig Ascendancy, Colloquies on Hanoverian England,London 1981, S. 14 ff.

5 J. P. Cooper, The Fall of the Stuart Monarchy, in: Ders.(Hrsg.), The New Cambridge Modern History, Vol. IV, The Decline of Spain and the Thirty Years War 1609-48/49, Cambridge 1971, S. 541.

6 Plumb, S. 34.

7 Ebd., S. 78.

8 H. T. Dickinson, Whiggism in the Eighteenth Century, in: Cannon (Hrsg.), S. 33.

9 W. A. Speck, Stability and Strife, England 1714 - 1760, London 1977, S. 4.

10 Ebd., S. 30.

11 Plumb, S. 187.

12 Speck, S. 70.

13 Reed Browning, The Duke of Newcastle,New Haven 1975, S. 34, 52.

14 Plumb, S. 104.

15 Cannon (Hrsg.), S. 2.

16 Speck, S. 160.

17 Ebd., S. 4. Vgl. auch S. 164.

18 John Cannon, Parliamentary Reform, 1640 - 1832, Cambridge 1973, bes. S. 30, 36 f., 49 f.

19 George Spater, William Cobbett: The Poor Man's Friend, 2 Bde., Cambridge 1982, S. 154.

20 Speck, S. 16.

21 Lewis Namier, England in the Age of the American Revolution, 2. Aufl. London 1963, S. 189.

22 Plumb, S. 187.

23 Martin J. Wiener, English Culture and the Decline of the Industrial Spirit, 1850 - 1980, Cambridge 1981.

24 Vgl. dazu G. R. Searle, The Quest for National Efficiency, A. Study in British Politics and British Political Thought 1899 - 1914, Oxford 1971; Hans - Chr. Schröder, Imperialismus und antidemokratisches Denken, Alfred Milner Kritik am politischen System Englands, Wiesbaden 1978.

25 Vgl. Oliver MacDonagh, Early Victorian Government, 1830 - 1870, London 1977, bes. S. 17.